



Kantonsrat

Sitzung vom: 29. Juni 2015, nachmittags
Protokoll-Nr. 282

Nr. 282

Postulat Frey-Neuenschwander Heidi und Mit. über die Durchführung zukünftiger Gedenkfeiern der Schlacht bei Sempach am eigentlichen Ort des historischen Geschehens (P 657). Erheblicherklärung

Im Namen der Postulantin begründet Andrea Gmür das am 16. März 2015 eröffnete Postulat über die Durchführung zukünftiger Gedenkfeiern der Schlacht bei Sempach am eigentlichen Ort des historischen Geschehens. Entgegen dem Antrag des Regierungsrates halte sie am Postulat fest.

Im Namen des Regierungsrates ist Bildungs- und Kulturdirektor Reto Wyss bereit, das Postulat teilweise entgegnenzunehmen. Die schriftliche Begründung lautet wie folgt:

"Der Regierungsrat, der Kantonsrat, weite Kreise der Luzerner Bevölkerung und die zuständige Projektorganisation haben ein gemeinsames Anliegen: Die Feier zum Gedenken an die Schlacht bei Sempach soll bewusst und würdevoll begangen werden. Bewusst heisst: Die Besucherinnen und Besucher sollen sich auf zeitgemässe und gewinnbringende Weise mit diesem wichtigen Ereignis in der Geschichte des Kantons auseinandersetzen. Würdevoll heisst: Die verschiedenen Formen des Erinnerns, Besinnens, Gedenkens und Feierns sollen nicht durch unpassende Begleiterscheinungen gestört werden.

In den letzten Jahren vor 2010 wurde die Schlachtjahrzeit in erheblichem Ausmass gestört. Politische Extremisten vereinnahmten den Gedenk Anlass des Kantons als Bühne für ihren eigenen Auftritt und provozierten zuletzt Gegendemonstrationen. Ihre massive Präsenz – vor Ort und in den Medien – nahm der Feier ihren besinnlichen und würdevollen Charakter. Der Einbezug der Luzerner Bevölkerung wurde weder durch die damalige Gestaltung des Anlasses noch durch die unerwünschten Begleiterscheinungen gefördert.

Der Regierungsrat ist überzeugt, der Schlachtjahrzeit mit dem neuen Konzept ihre Würde zurückgegeben zu haben: Die heutige Gedenkfeier fördert das Bewusstsein für das historische Ereignis von 1386 als Beginn des Territorialstaates Luzern und damit für die gemeinsame Herkunft. Sie bildet ein offenes Diskussionsforum für die Zukunft unseres Kantons, indem sie aus der Vergangenheit Anregungen für die Betrachtung der Gegenwart und die Reflexion der weiteren Entwicklung schöpft. Sie hat ihren besinnlichen Kern mit der ökumenischen und weltlichen Feier in der Kirche bewahrt. Sie erreicht, anders als vor 2010, jedes Jahr weite Bevölkerungskreise, einschliesslich zahlreicher Familien. Vor allem aber wird sie nicht mehr durch extreme politische Gruppierungen instrumentalisiert. Das sind Errungenschaften und Werte, die viel gelten und nicht ohne Notwendigkeit aufs Spiel gesetzt werden sollen.

In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, dass der Regierungsrat das frühere Konzept der Gedenkfeier nicht etwa ablehnt. Er lehnt aber die massiv störenden Begleiterscheinungen ab. Bei einer Rückkehr der Festgemeinde auf das Schlachtgelände wäre nach heutigem Kenntnisstand mit erneuten Aufmärschen extremistischer Gruppierungen an der offiziellen Feier des Kantons zu rechnen. Bilder wie 2009, als die Festbesucher von Extremisten marginalisiert wurden, wollen wir auf dem ehrwürdigen Festgelände nie wieder sehen.

Im Übrigen ist die Optimierung aller Bestandteile der Gedenkfeier ein laufender Prozess. Die Gedenkfeier geht auf eine Willensäusserung des Luzerner Rats aus dem Jahr 1387 zurück, den Tag der Schlacht in Zukunft als kirchlichen Feiertag zu begehen. Offizielle, kollektive kirchliche Jahrzeitfeiern für die Gefallenen verschiedener Schlachten wurden erst ab dem 15. Jahrhundert eingeführt. Es gibt also weder eine historisch "richtige" noch eine zeitlos verbindliche Form, dieses Gedenken zu begehen.

Im laufenden Jahr werden grössere Anpassungen mit der Zusammenlegung der drei Anlässe Gedenkfeier, Städtlifest und Hellebardenlauf vorgenommen. Innerhalb der Gedenkfeier ist geplant, die Angebote des Mittelalterfestes zu straffen und qualitativ zu optimieren. Die Verknüpfung des historischen Themas mit aktuellen Entwicklungen im Rahmen des Forums Geschichte und des Festaktes hat sich bewährt und soll weiterentwickelt werden. Die Auswertung der Erfahrungen und entsprechende Anpassungen des Konzeptes sind feste Bestandteile der jährlichen Anlassorganisation.

Der Regierungsrat betrachtet es als Dauerauftrag, die Gedenkfeier anlassgerecht, zeitgemäss und publikumsnah weiterzuentwickeln. Dabei sind neben Sicherheitsaspekten selbstverständlich stets auch aktuelle historische Erkenntnisse und politische Umstände zu berücksichtigen.

In diesem Sinn ist der Regierungsrat bereit, das Postulat als teilweise erheblich entgegenzunehmen."

Jörg Meyer lehnt das Postulat ab. Es sei aus Sicht der SP-Fraktion erfreulich, dass die Regierung gemäss ihrer Antwort momentan keine Pläne habe, die Feierlichkeiten an den Ort der Schlacht zurückzuverlegen. Dies solle auch so bleiben. Die Szenen vor 2010 seien erschreckend gewesen. Man wolle Rechtsradikalen nie wieder eine solche Bühne bieten. Die Feierlichkeiten, wie im Postulat gewünscht, alleine auf den Ort der Schlacht zu konzentrieren, wäre geradezu eine Einladung. Die jetzige gelungene Form sei nicht aufs Spiel zu setzen. Diese Haltung werde auch von diversen lokalen Vertretern getragen. Man wolle nicht zurück zu einer klassischen traditionalistischen Feier für wenige sondern einen festlichen Anlass für alle beibehalten. Es sei bereits im Jahr 1387 ursprünglich ein rein kirchlicher Feiertag beschlossen worden. Schlachtfiern und Aufmärsche hätten dann erst nach dem 15. Jahrhundert stattgefunden. Das jetzige Konzept mit einem breiten Einbezug der Bevölkerung werde den Ansprüchen besser gerecht. Es gebe keine Notwendigkeit, dieses Konzept über den Haufen zu werfen. Es seien keine unnötigen Risiken durch eine Verlagerung der Feierlichkeiten einzugehen.

Marcel Omlin erklärt, die SVP-Fraktion halte am Postulat fest und sei stolz auf die Traditionen. Er betone, dass auch die Details aus dem Jahr 2010 genannt werden sollten. Es seien im Jahr 2010 auch vermummte Linke anwesend gewesen, die dem Anlass in die Quere gekommen seien. Es sei ein Volksfest für alle gewesen und man habe inzwischen gemerkt, dass man dieses Spektakel nicht fallen lassen dürfe. Auch am Sempacherschiessen sei von vielen betont worden, dass die neue Feier nicht passe und wieder nach altem Konzept abgehalten werden solle. Einzig der heutige Stadtrat stehe hinter dieser Feier. Die SVP habe vor vier Jahren eine Petition lanciert, die vom Departementschef des VBS Ueli Maurer erstunterzeichnet worden sei. Man habe diverse Vorstösse eingereicht, die gering unterstützt worden seien. Nach dieser vierjährigen Krise wolle man mit diesem Vorstoss wieder an das Ziel, das es wirklich brauche, zurückkommen. Man dürfe zu den Traditionen stehen. Es sei tragisch genug, dass es die Eidgenossenschaft nicht schaffe, weder der Schlacht bei Morgarten, noch der bei Marignano, noch des Wiener Kongresses anlässlich einer offiziellen Feier zu gedenken. Es sei erstaunlich, dass eine Firma diese Feier organisiere, die gleichzeitig in der Begleitgruppe sitze und sich vermutlich die Aufträge auch gleich selber gebe. Diese 130'000 Franken könnten mit einer traditionellen Feier und Personen, die traditionsbewusst seien, gespart werden. Es sei davon auszugehen, dass viele rechts stehende bürgerliche Politiker diese Forderung unterstützen würden.

Andrea Gmür hält am Postulat fest. Die Gedenkfeier solle bewusst und würdevoll gefeiert werden. Man sei sich einig, dass politische Extremisten nichts an dieser Feier zu suchen hätten.

ten. Auch sei eine Schlacht bei Sempach im 21. Jahrhundert unbedingt zu vermeiden. Es dürfe aber nicht sein, dass die Feier aus Angst vor Ausschreitungen politischer Extremisten nicht mehr auf dem Gelände der Schlacht stattfinden könne. Die Chaoten und Extremisten dürften nicht bestimmen, wo eine solche Feier stattzufinden habe. Man dürfe nicht vor diesen Personen kapitulieren. Privilegien wie Frieden und Freiheit müssten verteidigt werden. Auch in breiten Kreisen der Sempacher Bevölkerung sei der Wunsch vorhanden, die Feier wieder auf dem Schlachtfeld abzuhalten.

Hans Stutz teilt mit, dass die Grüne Fraktion das Postulat ablehne. Marcel Omlin spreche nur vom Jahr 2010, es seien aber auch die Jahre 2003 bis 2009 zu berücksichtigen. Insbesondere im Jahr 2008 seien rund ein Drittel aller Teilnehmer Rechtsextremisten gewesen. Er habe all die Jahre an den Veranstaltungen teilgenommen und sei davon überzeugt, dass die alte Form auch wieder zu den alten Zuständen führen würde. Die lokale Kameradschaft sei weiterhin aktiv und es seien Bestrebungen im Gange, wieder an dieser Feier teilzunehmen. Die betreffenden Herren hätten in den vergangenen Jahren ihre eigene Gedenkveranstaltung beim Schlachtfeld abgehalten und man könne davon ausgehen, dass dies auch in den nächsten Jahren wieder der Fall sein werde.

Hildegard Meier sagt, dass die FDP-Fraktion den Antrag der Regierung, das Postulat für teilweise erheblich zu erklären, unterstütze. Das Anliegen von Heidi Frey sei teilweise nachvollziehbar, weil sie unterhalb der Gedenkstätte zu Hause sei und dementsprechend emotional mit diesem Anlass verbunden sei. Sie selber hätte auch alle drei Varianten miterlebt und müsse feststellen, dass die Feier mit dem Fussmarsch zur Gedenkstätte friedlich verlaufen sei, bei der Gedenkstätte die Feier aber ein anderes Jahr durch politische Extremisten gestört worden sei. Im Städtli Sempach sei dann mit einem Gottesdienst und mittelalterlichen Festakt eine friedliche Stimmung gewesen. Es stelle sich nun die Frage, was man sich in Zukunft wünsche. Man wolle ein friedliches Fest, dass nicht von Extremisten gestört werde. Diese neue Art der Feier sei aus Sicherheitsgründen eingeführt worden, was sich bewährt habe. Die Sicherheit müsse weiterhin höchste Priorität haben, damit der Anlass gelingen könne. Es solle aber möglich sein, auch neue Ideen einzubringen.

Josef Wyss betont, dass er als ehemaliger Bewohner des Städtlis Sempach die Situation um die Schlachtfiern hautnah miterlebt habe. Es seien sich alle einig, dass man keine Extremisten mehr sehen wolle. Damals sei es richtig gewesen, die Feier in einem anderen Rahmen durchzuführen. Mittlerweile sei die Zeit aber reif, den Anlass zu überdenken. Heidi Frey verlange, dass die Feierlichkeiten wieder auf dem Schlachtfeld stattfinden sollten, auf einen gemeinsamen Marsch aber verzichtet werden solle. So könne man ein Zeichen gegen Extremisten setzen, ohne zu provozieren. Das Volksfest und der Helebardenlauf sollten dann im Städtli stattfinden. Auf das Mittelalterfest könne verzichtet werden, weil es lediglich ein kleines Publikum anspreche und nicht mit der Schlacht in Zusammenhang stehe. Mit der Überweisung dieses Postulats schaffe man die Grundlage, dieser Gedenkstätte und der Feier wieder den verdienten Stellenwert zu geben.

Rosy Schmid sagt, dass das Wichtigste sei, dass diese Feier weiterhin würdig durchgeführt werden könne. Auch die diesjährige Feier sei würdig gewesen. Seit dem Jahr 2009 habe sich die Feier stetig verbessert. Sie persönlich finde, dass vor allem das Morgenbrot und der Apéro für die Bevölkerung besonders schöne Gesten der Regierung seien. Es sei schade, dass die Feier nicht am eigentlichen Ort der Schlacht stattfinden könne. Es sei aber auch falsch, das Städtli Sempach auszugrenzen. Die Regierung habe für alle verständlich aufgezeigt, dass die Zustände des Jahres 2009 verhindert werden müssten. Die Feier müsse den heutigen Gegebenheiten angepasst werden. Der Regierung nun den Auftrag zu geben, dass die Feier wieder zurück auf das Schlachtfeld gebracht werden müsse, gehe für sie zu weit. Sie sei mit einer teilweisen Erheblicherklärung zufrieden.

Im Namen des Regierungsrates bittet Bildungs- und Kulturdirektor Reto Wyss, das Postulat teilweise erheblich zu erklären. Man erachte es als Daueraufgabe, den Charakter dieser Gedenkfeier weiterzuentwickeln, genauso wie es die Postulantin auch erwarte und verlange. Es werde permanent geprüft, ob die Feier geändert werden könne. Auch das Mittelalterfest sei für das laufende Jahr optimiert worden. Gestern habe eine würdige Gedenkfeier stattgefunden, die zum ersten Mal mit dem Helebardenlauf und dem Städtlifest verbunden worden sei. Das Fest sei ein grosser Erfolg gewesen. Es sei ein grosses Anliegen der Regierung, dass diese Gedenkfeier auch in Zukunft würdig, feierlich und besinnlich stattfinden könne. Mit einem erneuten Aufmarsch von politischen Extremisten würde dies verhindert. Man wolle dafür keine Basis bieten. Es gehe nicht darum, dass man vor Angst kapituliere, sondern lediglich

um Realitätssinn. Man hätte auch in diesem Jahr geprüft, was möglich sei. Man sei zum Schluss gekommen, dass das Risiko bei einer Feier auf dem Schlachgelände viel zu gross wäre. Man hätte mit grosser Wahrscheinlichkeit wieder Szenen wie in der Vergangenheit. Man lehne das Konzept von früher auf keinen Fall ab, wolle aber sicher sein, dass es eine gute Feier gebe, bevor man diese wieder an den Schlachtort verlege. Er habe anlässlich der diesjährigen Feier mit einigen Leuten gesprochen. Es sei der Wunsch, wieder zurück zum Schlachtfeld zu gehen, allerdings nur dann, wenn man sicher sei, dass es eine würdige Feier gebe.

In einer Eventualabstimmung zieht der Rat die Erheblicherklärung der teilweisen Erheblicherklärung mit 59 zu 43 Stimmen vor.

In der definitiven Abstimmung erklärt der Rat das Postulat mit 68 zu 34 Stimmen erheblich.